

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 5

SPD

Mai 2019

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

mit drei Kernbotschaften gehen wir in die Schlussphase des Europawahlkampfes:

- **Faire Konzernbesteuerung** - Global agierende Konzerne wie Google, Apple, Facebook müssen endlich gerechte Steuern zahlen.
- **Gegen Lohndumping und für gute Arbeitsbedingungen** - Wir wollen europäische Mindestlöhne, von denen alle Menschen leben können.
- **Frieden und Abrüstung** - Im Konflikt um das Iran-Abkommen wird es keine deutsche Beteiligung an einer Militärintervention mit der SPD geben. Wir setzen auf den Dialog.

Wer hier übereinstimmt, sollte auch demokratische Mehrheiten dafür herstellen.
Jede Stimme zählt!

Und es braucht derzeit mehr denn je besonnene und vernünftige Stimmen, um europaweit und international friedliche Lösungen voranzubringen. Ein Jahr ist es jetzt her, dass die USA das Atomabkommen mit dem Iran aufgekündigt haben. Eine friedliche und diplomatische Konfliktlösung zwischen den USA und dem Iran liegt in weiter Ferne. Alle Zeichen stehen auf Eskalation. Anders als manche Berichterstattung vermuten lässt, war dies das beherrschende Thema in dieser Sitzungswoche, sowohl im Parteivorstand, als auch in der Fraktion und im Plenum in der aktuellen Stunde. Der „[Joint Comprehensive Plan of Action](#)“ (JCPOA), durch den u.a. die Nichtverbreitung von Kernwaffen geregelt wird, ist ein sehr wichtiger Meilenstein und darf nicht scheitern. Unsere multilaterale Zusammenarbeit würde massiv zurückgeworfen und mit ihr auch die wichtigen Bemühungen um Abrüstung, Frieden und Stabilität. Hoffnung macht, dass die Staaten der Europäischen Union hier zusammenstehen. Wir in Deutschland und unsere europäischen Nachbarländer werden uns nicht an militärischen Interventionen beteiligen. Und wir stellen klar, dass hier auch für die NATO kein Bündnisfall vorliegen würde. Es gilt nun, alles zu tun, damit diese Fragen erst gar nicht vertieft werden müssen. Auf allen diplomatischen Wegen arbeiten die Bundesregierung und insbesondere Außenminister Heiko Maas daran, jede Form der Destabilisierung im Nahen und Mittleren Osten zu stoppen. Wir brauchen ein starkes Abkommen und müssen Kooperationen mit jenen Ländern, die nach Frieden streben, ausbauen. Unsere konkreten Forderungen dazu können [hier](#) nachgelesen werden.

Herzliche Grüße



Bürger*innenanliegen

Bezahlbarer Wohnraum und die Einführung eines Klimaschutzgesetzes bleiben die Spitzenreiter bei den Zuschriften. Beschäftigt hat viele Menschen die Debatte um die Neuregelung der Organspende und die Diskussion um eine mögliche Impfpflicht. Zu Kevin Kühnerts Thesen gab es vereinzelte Stellungnahmen; zwei Zuschriften fordern den ermäßigten Steuersatz für Tampons und Hygieneartikel und ganz aktuell kommen gerade dutzende Mails aus Stuttgart zu einer Aktion gegen den Kauf von neuen Kampfflugzeugen. Ein breites Spektrum also...

Bundespolitischer Stammtisch:

Am **Mittwoch den 22. Mai ab 18 Uhr** ist der nächste bundespolitische Stammtisch mit dem Ortsverein Zuffenhausen. Der Wahltag rückt näher und die politischen Debatten werden lebhafter: Fragen rund um Europa, Fragen zur Sozialen Marktwirtschaft, Fragen zur Kommunalpolitik in Stuttgart. Viele sind in regem Austausch in munterer Diskussion mit Familie, Freund*innen, Nachbar*innen. Wir freuen uns auf weitere Diskussionen mit Euch, diesmal **in Zuffenhausen, im „El Camino“, Marbacher Str. 18.**



Über die Herausforderungen des Klimawandels für den Katastrophenschutz hat die SPD mit Jürgen Löhmann, THW-Ortsbeauftragter für Stuttgart und rund 250 Teilnehmenden von Hilfsorganisationen, Feuerwehren, der Polizei und dem THW auf der Blaulichtkonferenz diskutiert.

Was lange währt... ... Mehr Geld für Betreuende

Bereits seit Jahren führe ich viele Gespräche und Fachdebatten mit den Betreuungsvereinen in Stuttgart über die Vergütung der gesetzlichen Betreuer*innen, die seit mehr als 13 Jahren stagniert. Endlich beschließen wir im Bundestag das Gesetz zur Anpassung der Betreuer- und Vormündervergütung. Die Zeit drängt, denn die finanzielle Lage der gesetzlichen Betreuung und damit auch der Betreuungsvereine wird immer kritischer. Es wäre gut, wenn der Bundesrat seine kritische Haltung überwindet und dem Gesetz zügig zustimmt.

Europa - weltoffen und global gerecht?!

Immer mehr Menschen fordern, dass sich die deutsche Wirtschaft in Afrika engagieren soll. Dafür braucht es vor allem Firmen, die Arbeitsplätze und Wertschöpfung für die Menschen in Afrika schaffen. Freiwillige Verpflichtungen von Unternehmen zu guten Arbeitsbedingungen und Umweltschutz zeigen nicht die gewünschten Erfolge. Das sieht man gerade am Beispiel der Textilproduktion. Unternehmen, die sauberer produzieren, sind durch ihre höheren Preise im Wettbewerb benachteiligt. Das Ziel muss es daher sein, diese zu stärken und gesetzgeberisch tätig zu werden. Bei einer Podiumsdiskussion mit Stefan Kaufmann (CDU), Michael Bloss (Grüne) und mir ging es um nachvollziehbare Lieferketten, die Internationale Arbeitsorganisation ILO und deren Kernarbeitsnormen, die verheerenden Arbeitsbedingungen bei der Gemüseproduktion in Spanien, Italien und den osteuropäischen Staaten und um die Chance für Afrika bei den Erneuerbaren Energien.



Am 26. Mai 2019 ist Europawahl

Wir Sozialdemokrat*innen sind in Brüssel die zweitstärkste Fraktion und konnten trotz der konservativen Mehrheit vieles durchsetzen. Hier ein kleiner Auszug aus den Errungenschaften der letzten Jahre: Wir haben die Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer*innen deutlich verbessert und konnten unser Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ erfolgreich einführen. Frauen müssen das gleiche verdienen wie Männer, darum haben wir auf einen europaweiten Aktionsplan zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohnunterschieds hingewirkt. Rechtsstaatlichkeit und Demokratien sind die Grundpfeiler Europas. Die Möglichkeit, Sanktionen zu verhängen und Rechtsstaatlichkeitsverfahren einzuleiten, ist richtig und wichtig. Denn in immer mehr Ländern bedrohen rechtspopulistische Kräfte die Demokratie. Wir müssen mehr Solidarität innerhalb Europas durchsetzen. Menschen dürfen auf der Flucht nicht weiter im Mittelmeer ertrinken. Die Aufnahme von Geflüchteten liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung. Deshalb haben wir uns für die Einrichtung einer Europäischen Asylagentur eingesetzt. Diese und weitere Herausforderungen brauchen eine starke Sozialdemokratie in Europa. Ich möchte daher allen Interessierten die Bilanz unserer europäischen Kolleginnen und Kollegen nahelegen. Sie haben unsere Erfolge aus den letzten Jahren zusammengetragen und beschreiben, woran wir weiter arbeiten werden.